



Antrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Rotstift ohne Rezept - Staatsregierung muss Zukunftskonzept für Bayerns Universitätskliniken vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah zu berichten,

- welche strategische Ausrichtung sie für das Universitätsklinikum Regensburg (UKR) vorsieht, insbesondere auf welche medizinischen Schwerpunkte das Klinikum künftig setzen soll, mit welcher personellen und finanziellen Ausstattung dies geschehen soll, welche Bereiche gegebenenfalls reduziert oder aufgegeben werden und welche konkreten Maßnahmen sie plant, um entstehende Lücken in der Patientenversorgung, in Forschung und Lehre zu schließen,
- wie sich die wirtschaftliche Lage und die Personalentwicklung im ärztlichen Dienst an sämtlichen bayerischen Universitätskliniken darstellt und ob auch an weiteren Standorten Stellenreduzierungen geplant oder bereits eingeleitet sind,
- mit welchem Gesamtkonzept sie sicherstellt, dass die bayerischen Universitätskliniken auch künftig ihren Versorgungsauftrag, ihre Funktion in der Notfallversorgung sowie ihre Aufgaben in Forschung und Lehre uneingeschränkt erfüllen können.

Begründung:

Am UKR werden derzeit mehr als 60 ärztliche Vollzeitstellen abgebaut, indem befristete Verträge nicht verlängert werden. Die Staatsregierung hat eingeräumt, dass das UKR für 2026 mit einem negativen Jahresergebnis rechnet und sie die Maßnahmen zur Personalreduktion unterstützt – konnte aber weder die Verteilung der Streichungen auf einzelne Abteilungen noch die erwarteten Einsparungen beziffern. Auf die Frage nach Auswirkungen auf Versorgung, Forschung und Lehre beschränkte sie sich auf die unbelegte Versicherung, es werde „keine Einschränkungen geben“. Was fehlt, ist eine erkennbare strategische Planung: Die Staatsregierung baut am eigenen Universitätsklinikum Personal ab, ohne darlegen zu können, welche medizinischen Schwerpunkte das Haus künftig haben soll und wie die Versorgung der Bevölkerung in der Region gesichert wird.